

land, so sieht man, wie sich seit dem Krieg ein völlig neues Klima entwickelt hat. Die Trennung von Kirche und Staat, die Entpolitisierung des religiösen Lebens und die gemeinsam ertragene Not der Nachkriegsjahre haben hier die Voraussetzungen für den Wandel geschaffen. Mancher orthodoxe Priester saß mit katholischen und muslimischen Kollegen im gleichen Kerker. Ein hoher orthodoxer Würdenträger gestand bei einem Treffen mit katholischen Theologen, daß er als junger Priester die römische Kirche nur aus dem Blickwinkel von Dostojewskijs „Großinquisitor“ gesehen habe, ehe er im Gefängnis katholische Mitbrüder kennenlernen durfte. Dazu kam, daß der weitaus größte Teil der jugoslawischen Bevölkerung erschüttert war, daß im Krieg auf allen Seiten auch im Namen von Religionen Untaten begangen wurden. Jugoslawien hat

allen Unkenrufen aus der Emigration zum Trotz heute eine Geschlossenheit und ein Maß an Einheit erreicht wie nie zuvor. Ein besseres Nebeneinander der Völker und Volksgruppen mußte bei der engen Verflechtung von Nation und Konfessionen auch ein Miteinander der Religionsgemeinschaften in echter Toleranz und Verständnisbereitschaft bringen. Bei einem Neujahrsempfang der Staatlichen Kirchenkommission in Slowenien zitierte Erzbischof *Pogačnik* einen slowenischen Kirchenführer der Vorkriegszeit, der erklärte: „Das schlechteste Jugoslawien ist für uns Slowenen immer noch die beste Lösung.“ In übertragenem Sinn gilt das auch für die verschiedenen Religionsgemeinschaften des Landes. Ökumenischer Geist stärkt auch die Einheit des Landes, an der uns auch im Westen gelegen sein muß. *Rudolf Grulich*

Kirche in Afrika unter Hammer und Sichel

Positionsbestimmung der Christen in Angola und Moçambique

Seit Mitte bzw. Ende 1975 gelten die ehemaligen portugiesischen Überseeprovinzen Moçambique und Angola als unabhängig. In beiden Ländern hat sich inzwischen eine marxistisch-leninistische Partei, erwachsen aus Befreiungsbewegungen, mit Unterstützung hauptsächlich durch die Sowjetunion und Kuba, durchsetzen können: in Moçambique die FRELIMO unter der Führung von Präsident *Samora Machel* und in Angola die MPLA unter Präsident *Agostinho Neto*. In beiden Fällen handelt es sich um eine fast schematische Übernahme des „wissenschaftlichen Sozialismus“ als Basis einer kommunistischen Partei, also bewußt nicht um ein weiteres eigenständiges afrikanisches sozialistisches Modell.

Sowohl politisch als auch wirtschaftlich und militärisch sind beide Länder noch *abhängig und bedroht*. Außer den äußeren Bedrohungen durch die Nachbarn Rhodesien, Südafrika, Zaïre und Sambia ist die Stabilität durch interne Auseinandersetzungen gefährdet. In Angola kam dies am 27. Mai vorigen Jahres durch einen blutigen und folgen-schweren Putschversuch innerhalb der MPLA zum Ausdruck. Und das in einer Situation, da das Land von der fünffachen Größe der Bundesrepublik ohnehin noch in verschiedene Einflußzonen zerfällt, weil es im Norden von der konkurrierenden Befreiungsbewegung FNLA und im Süden von der UNITA kontrolliert wird. Die Kubaner im Lande helfen der MPLA sowohl bei den Kämpfen mit diesen Guerillaverbänden als auch bei der Wiederherstellung der Ordnung nach dem Putsch. Wegen ihres Auftretens gelten sie heute bei der Bevölkerung als verhaßte Besatzer. Diese Einstellung wird noch verstärkt durch die *zunehmenden Demontagen* an der ohnehin daniederliegenden Industrie der Länder seitens der Kubaner. Nach einem dreiwöchigen Aufenthalt in Angola berichtete Pater *Gottfried de Kinderen*, Afrika-Referent beim Internationalen

Katholischen Missionswerk „Missio“ in Aachen, daß allein in der Region Luanda 150 Fabriken leer stehen. Die Kubaner hätten in der Hauptstadt ganze Industrieanlagen, darunter eine Zuckerfabrik, demontiert. Überall im Lande würden Hospitäler ihres technischen Gerätes beraubt, besonders OP-Einrichtungen und Röntengeräte.

Politische Unsicherheit und wirtschaftliche Not

Die FRELIMO kann sich zwar im Norden Moçambiques auf eine feste Anhängerschaft stützen, in den übrigen Landesteilen tut sie sich jedoch noch schwer. Die MPLA in Angola rekrutierte ihre Kader in erster Linie aus dem Stamm der Mbundu und kann bis heute bei den anderen Stämmen kaum Fuß fassen.

In beiden Ländern steht eine *kleine politische Elite* vor der großen Aufgabe, die Masse der Bevölkerung zu gewinnen bzw. in die Ordnung, die ihr vorschwebt, einzugliedern. Oft geht es dieser Masse in erster Linie um eine spürbare Verbesserung der materiellen Situation – auf Dauer wird sie sich wohl kaum mit Propagandaparolen gegen frühere und heutige „Feinde“ vertrösten lassen. Die Unruhen in Angola im letzten Jahr waren zu einem nicht geringen Teil auf Auseinandersetzungen innerhalb der Arbeiterschaft bzw. zwischen Gewerkschaften und Regierung zurückzuführen (vgl. *Jeune Afrique*, 25. 11. 77). Dabei ging es um die Frage, ob in der gegenwärtigen Entwicklungsphase jede Erhöhung der Löhne auszusetzen sei oder nicht. Streiks und verminderte Produktion besonders in der In-

dustriezone von Luanda waren die Folge. Die Regierung reagierte darauf mit *scharfen Gesetzen* gegen „Wirtschaftssabotage“ und einem Generalangriff auf die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen. Im Oktober 1977 kam es dann zu einer völligen Umstrukturierung der Gewerkschaftsbewegung, die nun ganz auf Parteilinie liegt. Auf ihrem in der ersten Dezemberhälfte 1977 abgehaltenen ersten Kongreß hat sich die bisherige „Volksbewegung für die Befreiung Angolas“ (MPLA) zu einer politischen Partei mit dem Namen „MPLA-Partei der Arbeit“ konstituiert. Sie soll das gesamte wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Leben des Landes kontrollieren. Planung und Kontrolle der Wirtschaft sollen dabei Vorrang haben. Hinter dieser Absicht steht sicherlich die nicht zu übersehende Tatsache, daß bis auf die Erdölgewinnung durch den US-Konzern Gulf Oil überall ein rapider Rückgang in der Wirtschaft zu verzeichnen ist. Einen großen Teil seiner Devisen, nämlich 500 Millionen US-Dollar pro Jahr, kann Angola dadurch decken. Die Kaffeeproduktion liegt mit 100 000 Tonnen jetzt erst – nach Mobilisierung aller Arbeitskraftreserven – bei 50% des Standes vor drei Jahren. Die Eisenförderung ist praktisch noch nicht wieder aufgenommen, die Diamantenproduktion um 80% gesunken (Le Monde, 8. 12. 77). Wenn man bedenkt, daß diese vier Produkte früher die Hauptexportgüter darstellten, wird das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen Krise deutlich.

In Moçambique versuchte die FRELIMO, wie es in den Thesen bei ihrem 3. Kongreß Anfang Februar 1977 hieß, durch eine „Offensive gegen die reaktionären Kräfte der Bourgeoisie“ Herr der Lage zu werden. Dies sollte durch den „Prozeß der Zerstörung des kolonial-kapitalistischen Staatsapparates und Aufbau des Arbeiter- und Bauern-Staates“ begonnen und durch Kontrolle über die wichtigsten Finanzierungsinstrumente und Industrien sowie durch Verstaatlichung des Pachtlandes und der Mietgebäude, des Erziehungs- und des Gesundheitswesens sowie durch die Schaffung einer neuen Gerichtsbarkeit fortgesetzt werden. In der Praxis jedoch sieht es heute so aus, daß eine „bourgeoise Bürokratie“, die aus der Kolonialzeit übernommen werden mußte, praktisch die *Aufrechterhaltung des Staats- und Wirtschaftsapparates* garantieren muß. Die Partei, die sich dieser immensen Schwäche bewußt ist, kann derzeit nur mit Hilfe von Parteikomitees für Umschulung und politische Unterweisung in allen Betrieben, Behörden und Gemeinden versuchen, diese Funktionäre auf ihre Linie zu bringen. In Moçambique wird der Landwirtschaft eindeutig Vorrang gegeben. Durch die Schließung der Grenzen nach Rhodesien ist das Regime jedoch noch stärker als früher auf Wirtschaftskontakte mit Südafrika angewiesen. Selbst sowjetische und kubanische Hilfe kann diese Abhängigkeit nicht wettmachen. So stellt sich denn insgesamt auch die FRELIMO nicht mehr so stark wie bisher als Kopie des sowjetischen Modells dar. Vielmehr ist man bestrebt, den Spielraum der Selbständigkeit auszubauen und die Wirtschaftskontakte mit dem Westen soweit wie möglich aufrechtzuerhalten bzw. wiederaufzunehmen (vgl. Jeune Afrique, 15. 7. 77).

An dem beklagenswerten Zustand der Wirtschaft beider Länder (trotz großer Rohstoffvorkommen) sind sicherlich ebenso die *Portugiesen* schuldig, die 1975 alles ohne entsprechende Vorsorge und Anleitung zurückließen, wie die verschiedenen Interessengruppen und Mächte, die sich den Profit streitig machen, sowie schließlich der andauernde Bürgerkrieg und die fehlende Schulung der Kader. Die Geschäfte sind leer, der Kampf um das Nötigste gehört zum Alltag, Hunger bestimmt das Bild. Zu der materiellen Not kommt bei vielen die geistige Not, die deutlich sichtbar wird u. a. durch den ständigen „Machtkampf“ der neuen politisch verantwortlichen Kräfte gegen die traditionell starken christlichen Kirchen. Allerdings fällt in dieser Beziehung ein direkter Vergleich der Situation in beiden Ländern wegen unterschiedlicher Ausgangsbedingungen und unterschiedlicher politischer Voraussetzungen schwer.

Wachsende Schwierigkeiten der Protestanten in Moçambique

Die letzten statistischen Angaben über die Religionszugehörigkeit der neun Millionen Einwohner von Moçambique stammen von 1973. Damals gab es 600 000 Moslems, 1,2 Millionen Protestanten und 1,6 Millionen Katholiken, womit letztere 17,7% der Bevölkerung ausmachten. Schon vor dem Unabhängigkeitstag vom 25. 6. 1975 hatte sich Präsident *Samora Machel* verschiedentlich sehr abweisend zu den Religionsgemeinschaften geäußert (vgl. u. a. Samora Machel, *Le processus de la révolution démocratique populaire au Moçambique*, Édition L'Harmattan, Paris 1977). Bereits damals war zu erkennen, daß die Hauptstoßrichtung gegen die katholische Kirche gerichtet sein würde. Das war angesichts der ideologischen Position Machels und wegen vielfältiger Entwicklungen und belastender Verhaltensweisen kirchlicher Repräsentanten sowie besonders wegen der allzu engen Verquickung von Kolonialregime und katholischer Kirche im Grunde nicht überraschend. Die für die Praxis innerhalb von Partei und Regierung weitgehend bestimmende Haltung von Machel hat sich seither jedoch verschiedentlich gewandelt.

Die bisher vorherrschende Meinung, für die *protestantischen Kirchen* sei die Lage insgesamt besser, trifft nach jüngsten Informationen kaum noch zu. Lediglich die Reaktion der Kirchen ist unterschiedlich. Die protestantischen Kirchen scheinen die kurzfristig gewährte Vorzugsbehandlung weitgehend durch vorläufige Zurückhaltung bei Verlautbarungen zu honorieren. Besonders der Generalsekretär des Rates der Kirchen von Moçambique, *Isaac Mahlalela*, wird nicht müde, vor „verleumderischer Propaganda seitens der Feinde Moçambiques“ zu warnen und von „freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Regierung und den Kirchen“ zu sprechen. Hinweise auf Differenzen und Beeinträchtigungen der Tätigkeit der Kirchen stellt er als „regional begrenzt“ und als „mit gutem Willen lösbar“ hin (NCNS, 17. 3. 77; DIA, 3. 8. 77).

Eine *Sondersynode der Presbyterianischen Kirche* von Moçambique, zusammengerufen anlässlich des 90. Jahrestages der Präsenz dieser Kirche im Lande, brachte Ende August vorigen Jahres die Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Engagement für den Wiederaufbau und die Produktion zum Ausdruck (DIA, 23. 8. 77). Sie konnte aber nicht verhehlen, daß die drohende Verpflichtung aller Bürger, Mitglied der Einheitspartei FRELIMO zu werden, schwerwiegende Probleme mit sich bringen könnte. Die Synode sah sich außerstande, sofort eine für den einzelnen Gläubigen hilfreiche Handreichung für diese eventuell anstehende Entscheidung zu geben. Verwirrt zeigte sie sich auch durch die widersprüchliche Haltung der Regierung, die einerseits den Kirchen jegliche Betätigung im sozialen Bereich sowie im Bildungs- und Gesundheitssektor untersagte, andererseits aber jetzt die Kirchen eingeladen hat, an Entwicklungsprojekten teilzunehmen. Gleichzeitig stellte die Synode bewußt heraus, daß bereits viele Christen freiwillig im Rahmen staatlicher Projekte zur Steigerung der nationalen Produktion mitwirken. Wie sehr in letzter Zeit trotz Zurückhaltung auch die Protestanten in Bedrängnis geraten, zeigt u. a. eine Stellungnahme des Missionsbischofs der evangelischen Nazarenerkirche, *Armin Doll*, der kürzlich – laut Mitteilung der evangelisch-freiheitlichen Zeitschrift „Die Gemeinde“ – während eines Deutschlandaufenthaltes erklärte, nach der Machtergreifung der FRELIMO 1975 seien Verhaftungen von Christen an der Tagesordnung gewesen: „Menschen verschwanden aus den Gemeinden, ohne wieder aufzutauchen. Denunziationen waren sehr häufig. Unsicherheit und Angst legten sich auf die ganze christliche Gemeinde.“ Als Folge davon sei z. B. in der Zentralgemeinde der Nazarenerkirche in der Hauptstadt der Gottesdienstbesuch von 1200 auf 50 Teilnehmer gesunken. Nach der neuen Gesetzgebung dürften heute in Moçambique keine Menschen unter 21 Jahren getauft werden (diese Angabe widerspricht allen anderen Informationen). Den Eltern sei es verboten, ihre Kinder ohne deren Zustimmung in irgendeiner Form christlich zu unterweisen. Wer sich auf den hauptamtlichen Dienst in der Kirche vorbereite, müsse mit Verfolgung rechnen.

Auch die zahlreichen *Moslems* scheinen verstärkt nun den Druck zu spüren zu bekommen. Die meisten von ihnen sind Asiaten aus Indien und Pakistan. Sie setzen sich vehement gegen die marxistische Indoktrinierung ihrer Kinder zur Wehr und sind nun anscheinend einer ähnlichen Verfolgung ausgesetzt wie seinerzeit die Asiaten in Uganda.

Katholiken zwischen Anpassung und Unterdrückung

Verwirrender ist das Bild auf katholischer Seite. Da gibt es zunächst einmal die offiziell allen Kirchen auferlegten Einschränkungen, darüber aber zugleich eine sehr unterschiedliche Einstellung zur gegenwärtigen Lage. Während die bisherigen Hirtenbriefe (vgl. HK, Dezember 1976, 597 ff.) bei aller Betonung des Einsatzes für das Gemein-

wohl und die Erhaltung der Unabhängigkeit mit klaren Grenzziehungen nicht zurückhielten, erklärte Erzbischof *Alexandre Dos Santos* von Maputo ebenso wie der anglikanische Bischof *Dénis S. Sengulane* von Libombos im März vorigen Jahres auf einer von der US Catholic Conference und dem Nationalrat der Kirchen der USA in Marcy, N. Y., veranstalteten Konsultation über das südliche Afrika, die christlichen Führer Moçambiques fühlten sich religiös nicht behindert. Es gebe die Freiheit des Gottesdienstes und den Dialog mit der Regierungsführung eines Staates, der offiziell der Religion gegenüber „indifferent“ sei. Die *Nationalisierung* der bis 1975 von den Religionsgemeinschaften getragenen Schulen und Hospitäler durch die FRELIMO habe die Kirchen frei gemacht, nun wirklich „Kirche zu sein“ anstatt Eigentümerin von Dienstleistungs-Institutionen. Man sei sich bei diesem Treffen (vgl. NC News Service, 17. 3. 77) einig, daß die katholische Kirche Moçambiques in der Zeit vor der Unabhängigkeit – ebenso wie bis heute die Dutch Reformed Church in Südafrika – in Fragen der Gerechtigkeit versagt habe. Die christliche Kirche in Afrika sei nicht prophetisch gewesen, sondern habe ein sehr schlechtes Bild abgegeben. Bei der Konsultation wurde im übrigen festgestellt, daß die FRELIMO in den Monaten zuvor ihre Ansicht „über den Wert religiöser Institutionen“ geändert habe. So hätten die religiösen Führer der Regierung „hohe moralische Ideale“ bescheinigt. Gleichzeitig sei sich, nach Aussagen von Erzbischof Dos Santos, die FRELIMO bewußt geworden, daß „die atheistische Sprache eine für den Afrikaner fremde Sprache“ sei. Beide Bischöfe warfen den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Regierungen vor, durch die Verweigerung von Hilfe für Moçambique in Wirklichkeit den weißen Regimen von Südafrika und Rhodesien zu helfen und die Regierung von Moçambique damit zu zwingen, im Ostblock Hilfe zu suchen.

Ganz anders und zweifellos realistischer äußerte sich auf der römischen Bischofssynode Bischof *Jaime Pedro Gonçalves* von Beira, der in der 8. Vollversammlung am 5. Oktober 1977 eine von den Bischöfen gemeinsam erarbeitete Stellungnahme vortrug. Gonçalves wies gleich zu Anfang darauf hin, daß die Jugend des Landes in einem *marxistisch-leninistischen Klima* aufwachse. Diese Ideologie verbiete den jungen Menschen bis zu 18 Jahren jede religiöse Praxis. Bis zu diesem Alter würden sie sozialistisch erzogen. Aber auch für die Erwachsenen gebe es das Problem der Religionsfreiheit. Die Verfassung erkenne dieses Recht zwar an, aber in der Praxis werde es nicht gewährt. Das Volk suche einen Weg der Befreiung. Es schaue dabei auf die Kirche und erwarte von ihr eine Lösung. Die Kirche bemühe sich, die *Religionsfreiheit als Menschenrecht zu verteidigen* und lade die Christen ein, in kleinen Gemeinschaften den Glauben zu leben. So könne eine Ortskirche entstehen, die in der Kultur und im Leben der Menschen wurzele und den Glauben an die Kinder weitergebe. Die Kirche werde den Afrikanern das Heil bringen können, wenn sie auch ihre Kultur bewahre. Das Hauptwerkzeug für die atheistische Indoktrinierung

der gesamten Bevölkerung sei die „monolithische“ Kontrolle aller Massenmedien von den Zeitungen bis zum Fernsehen (NCNS, 10. 10. 77).

Mangel an Priestern, karitativen Möglichkeiten

Nur wenige Tage später ergänzte der Sekretär der Bischofskonferenz, Bischof *Alberto Setele* von Inhambane, diese Angaben. Er setzte dabei wieder andere Akzente und ließ neue Möglichkeiten eines Arrangements mit der Regierung durchblicken. In einem Interview mit dem Vatikan-Sender (vgl. NCNS, 14. 10. 77) erklärte er, die Hauptprobleme der Kirche in seinem Lande seien durch den großen *Mangel an Priestern und Ordensleuten* bedingt. Zudem fehlten Katechisten und Betreuer christlicher Gemeinschaften. Die Schulen seien nationalisiert worden, und die Katechisten, die auch gleichzeitig Lehrer gewesen seien, habe der Staat verpflichtet, so daß sie nicht mehr ihren katechetischen Aufgaben nachkommen könnten. Der Bischof führte weiter aus, daß 1975, als das Land unter einer marxistischen Regierung von Portugal unabhängig wurde, ein Moment der Euphorie und unbezähmbaren Freude zu verspüren gewesen sei. Kritik an den früheren missionarischen Aktivitäten in Moçambique habe zu einer breiten Abwendung von der Kirche geführt. Doch schon kurze Zeit später sei die Euphorie verfliegen gewesen und die nüchterne Beurteilung zurückgewonnen worden. Plötzlich seien die Menschen der Kirche wieder mit Sympathie entgegengetreten, und es habe eine sehr eindrucksvolle *Wiederbelebung der religiösen Praxis* gegeben. Heute sehe praktisch jeder wieder wohlwollend auf die Kirche und erwarte von ihr Führung und Anleitung. Dennoch sei es für die Kirche zunehmend schwieriger, diesen Erwartungen zu entsprechen, nicht zuletzt wegen der prekären personellen Situation. Die Kleinen Seminare wurden verstaatlicht und jede spezielle Ausbildung in ihnen unterbunden. Die Probleme der höheren Ausbildung, u. a. hervorgerufen durch den Verlust vieler portugiesischer Lehrer, die das Land verlassen mußten, hielten viele davon ab, sich auf den Eintritt in das einzige Große Seminar des Landes vorzubereiten, das gegenwärtig lediglich 13 Seminaristen zu verzeichnen hat. Bischof Setele deutete an, man werde sich wohl nach neuen Möglichkeiten der Priesterausbildung und nach neuen Lösungen umsehen müssen. Überraschung löste sein Hinweis aus, daß sich Mitglieder der Bischofskonferenz und der Regierung getroffen hätten und daß man dabei über Fragen der Entwicklung und über den Schutz der fundamentalen Menschenrechte gesprochen habe. Außerdem habe die Bischofskonferenz mit Billigung der Regierung die *Gründung einer eigenen Caritas* verwirklichen können.

Dies ist ein bedeutsamer Schritt in der Entwicklung seit 1975. Ursprünglich fast ausschließlich für die Hilfe bei der Bewältigung der großen *Flüchtlingsnot* gedacht, ist aus der Caritas Moçambicana inzwischen ein wichtiger Bestand-

teil kirchlicher Präsenz mit unübersehbarem Zeugnischarakter geworden. In einem vier Monate nach der Gründung verfaßten Grundsatzpapier „Die Caritas und ihre pastorale Funktion“ heißt es, es sei „natürlich, daß unsere Bischöfe im gegenwärtigen Aufbruch der Kirche in Moçambique auch in diesem Aspekt an die Gegenwart der Kirche in der Gesellschaft gedacht haben“.

Viele Aussagen dieses Dokumentes machen das neue Selbstverständnis und die Aufgabenstellung der dortigen Kirche sehr klar. So wird die Arbeit der Caritas innerhalb des Lebens der Kirche gesehen als einer von „drei grundlegenden Werten, die untrennbar sind und gleichzeitig die drei großen Pastoralfunktionen der Kirche darstellen: die prophetische Verkündigung des Wortes, die Liturgie, der Liebesdienst. Durch die Aufnahme dieser drei Werte im Leben der Kirche nehmen die Getauften teil am authentischen und vollständigen Zeugnis, das die Kirche unter den Nationen gibt.“ Weiter heißt es, man solle die Caritas auf keinen Fall als ein Unternehmen verstehen, „das die Verteilung von Schenkungen vornimmt, obwohl diese Funktion in Notfällen auch Teil ihrer Aufgabe ist. Sie strebt die *ganzheitliche Entwicklung des Menschen* an, und dies soll verwirklicht werden über eine Hilfe zur Selbsthilfe.“ Insgesamt solle die Caritas Hilfe an die bedürftigsten Schichten leisten, erzieherisch im Sinne einer Solidarität wirken, auf die Bildung von Strukturen hinwirken, die sich in den Dienst der integralen Entwicklung des Menschen stellen, Nothilfe leisten, eine Anreizfunktion hinsichtlich der Förderung, Entwicklung und Vergegenwärtigung der kirchlichen, im sozialen Bereich tätigen Werke ausüben und schließlich mit allen anderen Institutionen und Gruppen in gemeinsamen Projekten zusammenarbeiten. Abschließend heißt es, insbesondere angesichts der gegenwärtigen Phase, die das Land durchlaufe, könne und solle „die Caritas das offizielle Instrument der Kirche sein, durch das sie ein Zeichen der Rettung und ein Zeugnis für die integrale Entwicklung des Menschen verkörpert“.

Nationale Pastoralversammlung als Markstein

Die jüngste offizielle kirchliche Stellungnahme stammt vom September 1977, wurde jedoch erst im Dezember durch Veröffentlichung in katholischen Publikationen Portugals bekannt (NCNS, 19. 12. 77). Die Erklärung basiert auf den Beratungen einer Nationalen Pastoralversammlung, die vom 8. bis 13. September in Beira stattfand. Auf jener Tagung hatte man es sich zum Ziel gesetzt, das Selbstverständnis und die Strategie der Kirche in Moçambique sowie ihre Ansichten für die Gestaltung der Zukunft und die Beurteilung der Basisgemeinschaften herauszuarbeiten. Man sah die Möglichkeit eines Neuanfangs, gekennzeichnet von „tiefgreifenden und raschen Veränderungen, die in unserem Lande vor sich gehen“, bei gleichzeitiger Loslösung „von der Struktur einer triumphalistischen Kirche, die zu eng mit der staatli-

chen Macht verbunden war“, um nun „eine arme Kirche“ zu werden.

Die Kirche muß sich nach Ansicht der Teilnehmer der Pastoralversammlung fragen, ob ihre Reaktionen zeigen, daß sie die offensichtlichen Veränderungen widerstrebend durchmacht oder eher als notwendige Prüfung und Reinigung versteht. Die „neue Kirche“ müßte eine Gemeinschaft sein, „in der es spontane Hilfsbereitschaft gibt, gegenseitiges Verstehen, Freundschaft, Brüderlichkeit und Liebe, geteilte Freude und geteiltes Leid; eine Kirche, in der die Leute zusammen kämpfen und die Überzeugung jedes einzelnen akzeptieren“. Intensives Wirken in den kleinen Gemeinschaften, persönlicher Einsatz und Gespür für Verantwortung sowie Mitverantwortung aller seien dabei erforderlich.

Der Abschnitt über *Dienstämter* zeigt auf, welche Dienste in Zukunft verstärkt entwickelt werden müssen: Führung der Gemeinschaft, Feier des Wortes, Katechese, Vorbereitung auf die Sakramente, Dienst der Nächstenliebe, Feier des Gottesdienstes und der Sakramente. Die lokalen Gemeinschaften werden ermuntert, Priesterberufe zu fördern, doch war unüberhörbar der drängende Ruf, in der gegenwärtigen Lage die Laien mehr einzusetzen. Die Ausbildung des kirchlichen Personals will man auf regionaler Basis (Nord, Mitte, Süd) bewerkstelligen, und zwar mit mobilen Fachleute-Teams. Hinter dieser pastoralen Prioritätenliste steht das Faktum, daß seit 1975 mehr als 600 oder ein Drittel aller Priester und Ordensleute Moçambique verlassen hat. In ihrem Hirtenbrief vom 6. Juni 1976 hatten die Bischöfe dazu erklärt: „Die meisten gingen, weil sie sich selbst nicht an die neue Situation anpassen konnten oder von den die Revolution begleitenden Ereignissen zu verwirrt waren. Andere gingen, weil sie alt oder krank waren. Einige wurden von der Regierung ausgewiesen und konnten noch nicht zurückkommen.“ Insgesamt handelte es sich um 146 Priester, von denen fünf in Moçambique geboren sind, 55 Brüder (8 aus dem Lande) und 450 Ordensfrauen (davon 27 Einheimische). Mindestens 12 Missionare wurden im Zusammenhang mit der Verstaatlichung der Schulen und Heime ausgewiesen. Dagegen legte die Regierung ausdrücklich Wert darauf, daß diejenigen Missionare zurückkommen konnten, die in der Zeit der portugiesischen Kolonialherrschaft wegen ihrer Kritik an diesem System das Land verlassen mußten.

Unterschiedliche Tendenzen

Den wichtigsten Punkt der gegenwärtigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen sprachen die Teilnehmer der Pastoralversammlung im vierten Abschnitt an, in dem es um die Kirche im heutigen „Revolutionsprozeß“ geht. Überzeugt davon, daß der Revolutionsprozeß auch viele positive Werte in sich berge, die ihre Wurzel im Evangelium hätten, sollten die Christen als Bürger mit vollen Rechten ihren vollen Beitrag zum nationalen Wiederaufbau leisten, z. B. im Kampf gegen Hunger, Krankheit, Unwissenheit, Armut usw., und im Aufbau einer Gesell-

schaft, in der alle gleich seien. Die Tatsache, daß die Regierung die volle Verantwortung für die Schulen übernommen hat, enthebt nach Meinung der Pastoralversammlung die Gemeinschaften und vor allem die Familien nicht ihrer Verpflichtung für die menschliche und christliche Erziehung ihrer Kinder. Die christlichen Eltern müßten die schwere Pflicht und das Recht wahrnehmen, ihre Kinder im Glauben zu erziehen. Der jetzt in den Schulen vermittelten Erziehung werden zwar positive Aspekte bescheinigt, so z. B. „die Entwicklung eines Geistes der Initiative und die Vorbereitung auf ein kollektives Leben“. Gewarnt wird jedoch vor der Unvollständigkeit dieses Konzeptes, das jeden Hinweis auf das Übernatürliche ausschließt, die Religionsfreiheit begrenzt und das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder einschränkt. Unmißverständlich wird hinzugefügt, „Christen sollen nicht zögern, auf ihrem Recht der freien Religionsausübung zu bestehen“. Ebenso eindeutig ist die Kritik an Verletzungen der Menschenrechte. Die Umerziehungszentren und die Gefängnisse seien ein Ruf an jedes menschliche Gewissen. Christen könnten nicht gleichgültig dem zusehen, was in ihnen vorgehe und viele ihrer Brüder betreffe.

Viele dieser Aussagen erinnern an das Kommuniqué, das die Bischöfe des Landes nach ihrer letzten Vollversammlung vom 3. bis 8. Mai 1977 in Pemba veröffentlichten (vgl. La Documentation Catholique, 19. 6. 77). Damals wandten sie sich zusätzlich in einem Brief an Staatspräsident Machel mit der Bitte, er möge den Anklagen nachgehen, die von Betroffenen gegen die Umerziehungslager erhoben würden. In den Lagern herrschten nach Augenzeugenberichten Folter und Hunger, insgesamt müsse man von unmenschlichen Bedingungen sprechen. Viele der Lager befänden sich in tropischen Waldzonen ohne die Mindestvoraussetzungen zum Überleben.

Zur Proklamierung des *Marxismus-Leninismus als ideologischer Linie und Richtschnur* für das Leben der Nation stellten die Bischöfe in dem Kommuniqué fest, dies brauche das Gewissen der Christen nicht in Unruhe zu versetzen, sondern könne zu einer Vertiefung und größeren Festigkeit im Glauben sowie auch zu einer viel verantwortungsvolleren Einfügung und gesunden Kritik führen. Eine ideologische Erziehung in diesem Sinne müsse „nicht notwendigerweise den fundamentalen Rechten der menschlichen Person entgegenstehen“. „Gewisse Indizien“ jedoch wiesen darauf hin, daß in den Erziehungszentren die Gewissensfreiheit nicht respektiert werde.

Unter den neun Bischöfen, von denen sieben aus Moçambique und zwei aus Portugal stammen, scheint sich insgesamt der weitgehend von Bischof *Vieira Pinto* von Nampula bestimmte Kurs durchzusetzen, soweit wie irgend möglich mit der Regierung zu kooperieren, sich andererseits damit aber auch das Recht zu erkämpfen, in schwerwiegenden Fällen Kritik anzumelden und auf Distanz zu gehen. Eindeutiger, ja militanter scheint die Haltung der „Usaremo“, der *Union von Priestern und Ordensleuten* Moçambiques, zu sein, die den totalen Ein-

satz für die Revolution und den Sozialismus fordert und dabei auch eine völlige Umkehr der früheren Werteskala in Kauf nimmt. So muß ihrer Meinung nach (vgl. *Pro Mundi Vita: Dossiers, Africa 3*, Januar – Februar 77) für die Priester das direkte Apostolat, dem bisher Vorrang eingeräumt wurde, vorläufig wegen der der manuellen Tätigkeit zugestanden Priorität zurücktreten. Die Grundlage der Mission Christi sei die der Befreiung des ganzen Menschen. Bei aller Würdigung der Verdienste der Missionare müsse ihrer Ansicht nach doch das erste und letzte Wort von Einheimischen gesprochen werden. Die Ausbildung von Seminaristen und Novizen müsse an das Bild des neuen Menschen in Moçambique angepaßt werden: „Unsere Novizenmeister sind jetzt unsere revolutionären Führer.“

Unter den *ausländischen Missionaren* gibt es zahlreiche Fraktionen. Neben den Ausgewiesenen, die sich noch regelmäßig treffen und im Exil bereits verschiedene Pastoralpläne für die Zukunft ausgearbeitet haben, die den im Lande verbliebenen Missionaren äußerst suspekt erscheinen, gibt es in Moçambique selbst sowohl eine starke „revolutionäre“ Gruppe (z. B. die spanischen Burgos-Patres), die den „von falschen Einheitskonzepten verdeckten ‚Klassenkampf‘ innerhalb der Kirche“ anprangert und in ihrem Engagement der Usaremo in nichts nachsteht, als auch eine kleine, derzeit jedoch noch sehr einflußreiche Gruppe, die die Fehler der Vergangenheit herunterzuspielen sucht und keinen Grund zu durchgreifenden Reformen sieht, sondern personelle Veränderungen für ausreichend hält.

Die Gruppe der *Katechisten* schließlich war zu lange bei ihrer Tätigkeit durch die Priester auf untergeordnete Funktionen beschränkt worden. Da heute ihre Bezahlung durch die Kirche vielfach nicht mehr garantiert werden kann, sind viele von ihnen in den Staatsdienst gegangen. Insgesamt trifft wohl zu, daß die Mehrheit der Katholiken den politischen Neubeginn auch als Chance einer Erneuerung und Reinigung für die Kirche angesehen hat und noch ansieht. Lediglich über das Ausmaß des Mitwirkens bei dem vom Regime verordneten Revolutionsprozeß und über die *Toleranzgrenze bei Eingriffen des Staates* gibt es offensichtlich Differenzen. Die Verfehlungen der Vergangenheit werden größtenteils gesehen und als Warnung betrachtet. Die *ökumenische Zusammenarbeit* hat unter dem Druck der Ereignisse erheblich zugenommen, womit die Position der christlichen Kirchen insgesamt gestärkt wurde. Die Entwicklung neuer Formen christlicher Gemeinschaften ist ein weiteres Beispiel für eine durch die Ereignisse hervorgerufene positive Änderung. Doch läßt sich all dies nur schwer gegen die Beeinträchtigungen und Belastungen für die Kirche aufrechnen.

Angola: Protestanten freier als unter Portugal?

Die ungewisse und unsichere politische Lage Angolas macht es schwierig, einen Vergleich mit Moçambique zu

ziehen und eine einigermaßen verlässliche Aussage über die kirchlichen Verhältnisse dort zu machen. Die andauernden kriegerischen Auseinandersetzungen und die Kontrolle weiter Gebiete des Landes durch Guerillaverbände regimfeindlicher Organisationen erschweren den Überblick erheblich. Einer der wenigen Augenzeugen, der sich über längere Zeit in dem von der UNITA kontrollierten südlichen Gebiet Angolas aufhalten konnte, der österreichische Journalist *Fritz Sitte*, berichtete von dem verblüffenden Eindruck, den die „Guerilla-Christen“ (etwa 90% der Bevölkerung in dieser Zone) machen, die nach wie vor an ihrem Glauben festhalten, obwohl sich in dem Gebiet kein einziger Priester oder Missionar mehr befinde. Sitte berichtet weiter (vgl. *Mission aktuell*, 3/77) von Gottesdiensten, Bibel- und Gebetsstunden, Andachten oder anderen Formen gemeinsamer Glaubenszusammenkünfte, die nach wie vor praktiziert werden. Ehemalige Missionschüler hätten dabei die Initiative ergriffen und unzählige Bibeln in verschiedenen afrikanischen Dialekten sowie Gebet- und Gesangbücher in den Busch gerettet. Guerillasoldaten und Offiziere trügen offen das Kreuz, so daß man „fast von schwarzen Kreuzrittern sprechen könnte“.

Ähnlich wie bei Präsident Machel ist auch die Einstellung von Präsident Agostinho Neto gegenüber den Religionsgemeinschaften äußerst widersprüchlich und wechselhaft. Auffallend ist, daß die Führer aller drei rivalisierenden angolischen Parteien protestantisch sind, Neto selbst ist der Sohn eines methodistischen Pfarrers, sein Cousin ist der methodistische Bischof von Luanda, *Emilio de Carvalho*.

Unter den rund sechs Millionen Einwohnern Angolas gab es 1975 etwa 800 000 Protestanten, 2,5 Millionen Katholiken und ca. 2,7 Millionen Anhänger afrikanischer Religionen. Die *protestantische Präsenz* ist erst jüngeren Datums. Seit etwa hundert Jahren sind sie im Lande (die Katholiken seit 400 Jahren). Baptisten waren die ersten Protestanten. Sie hatten während der Bürgerkriegswirren und der Auseinandersetzungen mit den Portugiesen ganz besonders zu leiden. Ein Großteil von ihnen sah zwischen 1961 und 1975 den letzten Ausweg in der Flucht nach Zaire. Das Hauptgebiet der Baptisten ist der Norden Angolas, in dem die FNLA die Kontrolle ausübte und noch ausübt. Ihr Führer Holden Roberto ist ein Schwager von Präsident *Mobutu Sese Seko* von Zaire. Ganze Missionsstationen der Protestanten wurden von Nordangola nach Zaire verlegt, weil die Protestanten damals Hauptzielscheibe der Verdächtigungen und Angriffe seitens der Portugiesen waren. Überall in Angola sahen sich die Protestanten besonderer Verfolgung ausgesetzt (vgl. BIP Nr. 582, 7. 4. 76). Da sie sich damals außerhalb des Systems der Staatsreligion befanden, wurden sie als illoyal eingestuft. Die Restriktionen durch die Portugiesen schufen teilweise die Grundlagen eines politisch engagierten Christentums. Auf diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß der methodistische Bischof De Carvalho begeistert von der MPLA und ihrem Werk spricht und erklärt, man fühle sich heute freier als

je zuvor (NC News Service, 18. 3. 77). Zur Stärkung ihrer Position haben sich mehrere protestantische Kirchen inzwischen zum „Rat der Evangelischen Kirchen in Angola“ (CIAE) zusammengeschlossen (DIA, 14. 5. 77). Sein Vorsitzender ist Bischof de Carvalho, der in dieser Eigenschaft eine Mitteilung an die Allafrikanische Kirchenkonferenz verfaßte, die doch etwas detaillierter und zurückhaltender ausfiel (vgl. epd, 29. 3. 78). Er vertrat darin die Ansicht, daß, ungeachtet des ideologischen Konflikts zwischen Christentum und wissenschaftlichem Sozialismus, die Kirche in Angola immer stärker werde. Regierung und Staatspartei stimmten dem Prinzip der Glaubensfreiheit zu und beabsichtigten keineswegs ein Religionsverbot. Gleichwohl sähen beide die Religion als überholt an und betrachteten sie als ein durch soziale Verwirrung in der Bevölkerung hervorgerufenes Phänomen. Soziale Ordnung brächte somit zugleich das Ende der Religion. Diesen Kampf nehme die Kirche ebenso wie andere Herausforderungen an. Sie habe es unter dem Zeichen der Zusammenarbeit mit dem Staat verstanden, die „eigene Integrität, Freiheit und Identität als die Kirche Christi zu bewahren“.

Eine unmißverständliche katholische Stellungnahme

Ganz anders erging es unter dem neuen Regime den *Katholiken*. Nach der Unabhängigkeit von Angola im November 1975 wurden Missionsstationen verwüstet, kirchliche Schulen und Krankenhäuser geplündert und später der kirchlichen Verwaltung entzogen. Doch im Gegensatz zu Moçambique kann die Kirche noch in einigen sozialen Bereichen (z. B. in Waisenhäusern) tätig sein. Mehr als die Hälfte aller Missionare mußte damals das Land verlassen. Andere wurden umgebracht oder zusammen mit einheimischen Priestern verschleppt. Nach einer Mitteilung von „Missio“ in Aachen gibt es heute in der großen Diözese *Serpa Pinto* mit 85 000 Katholiken unter 244 000 Einwohnern nur noch fünf Priester. Das gleiche gilt für das Bistum Luso. Den Katechisten kommt in dieser Situation eine besondere Funktion zu. Mit deutscher Hilfe soll nun der Lebensunterhalt der rund 3 500 Katechisten gesichert werden, um sie so halten zu können. Immer wieder wird auch für Angola bestätigt, daß die Kirche nach einem anfänglichen Tief wieder an Ansehen gewonnen hat und heute als die wichtigste Gegenkraft zur allmächtigen MPLA angesehen wird. Die Teilnahme an den Gottesdiensten ist unerwartet groß.

Während sich die Bischöfe Moçambiques bereits im September 1976 sehr klar zu den Umwälzungen in ihrem Land geäußert hatten und seither eigentlich vorsichtiger und zurückhaltender taktieren, hielten sich die angolanischen Bischöfe lange mit einer Stellungnahme zur neuen Lage und deren Folgen für die Kirche zurück und beschränkten sich zunächst auf einen Hirtenbrief über „Evangelisierung in Angola“ mit vorwiegend rein pastoraler Zielsetzung (vgl.

HK, Dezember 1976, 600). Erst jetzt sind sie mit einem ausführlichen Schreiben an die Öffentlichkeit getreten (vgl. HK, Mai 1978).

Eine erste Vorbereitung des umfangreichen Dokumentes war wohl die außerordentliche Sitzung der Bischöfe vom 10. bis 12. August 1977 in Luanda (Fides, 17. 9. 77). Als Probleme, die ihnen am meisten Sorge bereiteten, wurden damals genannt: Überhandnehmen der Gewalt mit all ihren Folgen: Tod, Körperverletzung, Hunger, Obdachlosigkeit, Waisen, aber auch die Behandlung der politischen Häftlinge und die Medientätigkeit der Kirche, vor allem das Los des katholischen Senders „Radio Ecclesia“. Damals war die Rede davon, daß mit einem hohen Regierungsvertreter ein Gespräch stattgefunden habe. Die Atmosphäre der Offenheit und des guten Willens ließ die Bischöfe hoffen, daß sich die Verantwortlichen des Staates eingehender mit den angeschnittenen Problemen, vor allem Menschenwürde und Religionsfreiheit, befassen würden.

Im Dezember vorigen Jahres zogen sich dann alle Bischöfe des Landes (10 Angolaner, zwei Portugiesen) zu einer Klausurtagung zurück. Als Ergebnis verabschiedeten sie einstimmig den „Hirtenbrief der Bischöfe Angolas zum 50. Jahrestag der Ernennung der hl. Theresia vom Kinde Jesus zur Patronin der Missionen“, der die bisher kompakteste und klarste Stellungnahme der Kirche Angolas enthält. Datiert vom 14. 12. 1977, wurde er am 6. Januar 1978 in allen Kirchen verlesen und am 8. Januar zur Veröffentlichung auch außerhalb des Landes freigegeben. Dieses Schreiben zählt zu den eindrucksvollsten Dokumenten einer Kirche, die zwischen der loyalen Mitarbeit für das Gemeinwesen und ideologischer Abgrenzung gegenüber dem politischen Regime des Landes hin und her gerissen ist, die sich am Wiederaufbau beteiligen möchte, jedoch die vielfältigen Behinderungen ihrer Arbeit und neue Ungerechtigkeiten nicht übersehen kann. Neben Verweisen auf die Schrift und Konzilsdekrete argumentieren die Bischöfe gezielt mit Verweisen auf die angolanische Verfassung, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und auf Karl Marx. Das Schreiben wollten sie verstanden wissen als eine *Einladung* „zu einem christlichen Nachdenken über die Tatsachen, die sich unter den neuen politischen Gegebenheiten unseres Landes zutragen“. Die eigene christliche Gemeinschaft habe um eine Orientierungshilfe gebeten, „um den Glauben an Gott zu bewahren“. Noch einmal verweisen die Bischöfe darauf, daß die Kirche Angolas nicht nur „mit begeistertem Jubel die Geburt des angolanischen Vaterlandes willkommen heißen“, sondern auch zu dieser Unabhängigkeit ihren Beitrag geleistet habe. Ohne ausdrücklichen Hinweis auf das Gespräch können die Bischöfe immerhin zur Stützung dieses Punktes auf eine Ansprache Netos zurückgreifen, der am 9. März 1976 bei einem Empfang für die Bischöfe hervorhob, „daß die Vertreter der Kirche uns bei der Erreichung unseres wichtigsten Zieles, der Unabhängigkeit, kräftig zur Seite gestanden sind. Ich brauche hier nicht zu wieder-

holen, was wir alle wissen, daß nämlich die Mitglieder der Kirche im Kampf für die Freiheit unseres Landes ihren Mann gestellt haben“ (Fides, 14.4.76). Insgesamt erscheint das umfangreiche Dokument als ein gemeinsamer Aufschrei, der auf die Fehlentwicklungen und Unwahrheiten aufmerksam machen soll. Gleichzeitig bemühen sich die Bischöfe darum, die Position der Kirche im politischen und gesellschaftlichen Bereich zu bestimmen, sowie Annäherungsmöglichkeiten und notwendige Abgrenzungen gegenüber der Praxis innerhalb der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung abzustecken. Dabei warnen sie vor allem vor einem Erziehungsmonopol des Staates und einem möglichen Verbot der Religion, weil dies gleichbedeutend mit der Verstümmelung des Afrikaners wäre. Über den angolanischen Rahmen hinaus dürften die Äußerungen zu Kapitalismus, Sozialismus und atheistischem Materialismus von Bedeutung sein und Beachtung finden. Unter der Rubrik „Antwort der Christen“ wird eindringlich vor Mutlosigkeit und Gleichgültigkeit sowie vor übereilten Reformen aufgrund von Effekthascherei oder Zurückweichen gewarnt.

Zielrichtung dieses Verweises dürften neben den wenigen „linken“ Priestern und Laien besonders jene europäischen theologischen Besserwisser sein, die derzeit in Angola antichambrieren und ihre Begeisterung für den sozialistischen Weg und ihre Abscheu vor den angeblich „verwestlichten“ Bischöfen Angolas zum Ausdruck bringen. Die Gläubigen werden aufgefordert, sich ihrer Rechte bewußt zu werden und insgesamt ein Zeugnis des christlichen Lebens abzulegen. Sie sollten sich nicht von einem „Programm der endgültigen Überwindung“ der Religion ängstigen lassen. Alle Christen seien aufgerufen, Sauerteig und Licht zu sein bei dem gewaltigen Werk der „Erschaffung des neuen Menschen“, bei der Errichtung „der besseren Welt“, die „wir mit unseren Waffen der Liebe und des Friedens, nicht aber mit Haß, Rache und Bürgerkrieg vollbringen sollen“.

Unverzügliche Reaktionen

Wie zu erwarten, reagierte die Regierung sofort mit harten Maßnahmen. Das MPLA-Organ „Jornal de Angola“ warf den Oberhirten unter der Überschrift „Die Bischöfe und die Verschwörung“ vor, ein „provokierendes, beleidigendes, verlogenes und reaktionäres Hirtenwort fabriziert“ zu haben, das die Ehrenhaftigkeit der angolanischen Revolution anzweifelt und Vorwürfe gegen die Regierung enthalte (vgl. La Croix, 28.1.77). Unmittelbar nach Veröffentlichung des Hirtenbriefes wurde der kirchliche Rundfunksender „Radio Ecclesia“ enteignet, dessen ungewisses Schicksal ausdrücklich in dem Schreiben angesprochen worden war. Unter Verweis auf eine Resolution des Zentralkomitees der MPLA, in der es heißt, daß „die Steuerung und Kontrolle der Massenmedien, für die bisher der Informationsminister zuständig war, jetzt von

der Abteilung des ZK der MPLA für Information und Propaganda übernommen wird“, wurden Eigentum und Einrichtung des Senders vom Regierungssender „Radio Nationale“ übernommen. Das Informationsmonopol in Angola müsse der Partei gehören, hieß es weiter in dem Dekret. „Radio Ecclesia“ sei im Rahmen des Konkordats zwischen Portugal und der katholischen Kirche eingerichtet worden (1954), eines Vertrages also, der den Staat Angola nicht binde. Auch nach dem Grundsatz der Gleichheit der Religionen sei es notwendig gewesen, die katholische Station zu verstaatlichen (vgl. Fides, 15.2.78).

Aber damit erschöpften sich die restriktiven Maßnahmen nicht. Vielmehr wurde den Kirchen auch die bis jetzt gewährte Steuerbefreiung entzogen. Außerdem ist es ihnen ab sofort untersagt, neue Gebäude zu errichten, die für „religiöse Aktivitäten“ benutzt werden sollen. Presse, religiöse Literatur und religiöse Erziehung unterstehen nun der Kontrolle einer staatlichen Kommission (La Croix, 1.4.78). Kurz zuvor hatte das Politbüro der MPLA beschlossen, Priestern und Missionaren dann die Erlaubnis zum Weiterwirken in Angola zu belassen, wenn ihr Beitrag in bestimmten Bereichen des nationalen Wiederaufbaus als „positiv“ angesehen werden könne. Auch solle es den als „legitim“ anerkannten und registrierten Kirchen und Religionsgemeinschaften erlaubt sein, Spenden von „internationalen Organisationen“ anzunehmen. Doch müßten diese über das staatliche Sekretariat für soziale Angelegenheiten laufen. Damit ist ein Punkt erreicht, der weitere Prognosen unmöglich macht. Die Kirche hat ihre Position dargelegt. Welche weiteren Schritte die Regierung nun unternimmt, hängt wohl nicht zuletzt von der politischen und militärischen Entwicklung Angolas ab.

Und diese wiederum ist eingebettet in die Gesamtstrategie der Sowjetunion und Kubas für den afrikanischen Kontinent. Allerdings sollte man bei solchen Prognosen nicht die Möglichkeiten interner Reaktionen auf den zunehmenden Druck außer acht lassen.

Eine Bilanz nach so kurzer Zeit und in einer noch sehr wenig konsolidierten Epoche verleitet leicht zu voreiligen Schlüssen. Ohne Fehlentwicklungen und bedauerliche Ereignisse leugnen zu müssen, wird man in der Beurteilung der Sache wohl nur dann einigermaßen gerecht, wenn man den Kontext zumindest der vergangenen zehn Jahre mit berücksichtigt und mehr in historischen Prozessen denkt. Eine punktuelle Übertragung unserer europäischen Werte auf die Vorgänge in Angola und Moçambique als Maßstab für eine Beurteilung jedenfalls würde das Bild total verfälschen. Hier ist ein Ablösungsprozeß im Gange, der ohne Kenntnis vierhundertjähriger Geschichte nicht zu verstehen ist. Die Kirche dort scheint sich dieser Zusammenhänge durchaus bewußt zu sein. Und je mehr sie für sich selbst die Konsequenzen daraus zieht, um so berechtigter ist sie, ihre Stimme zu erheben.

Norbert Sommer